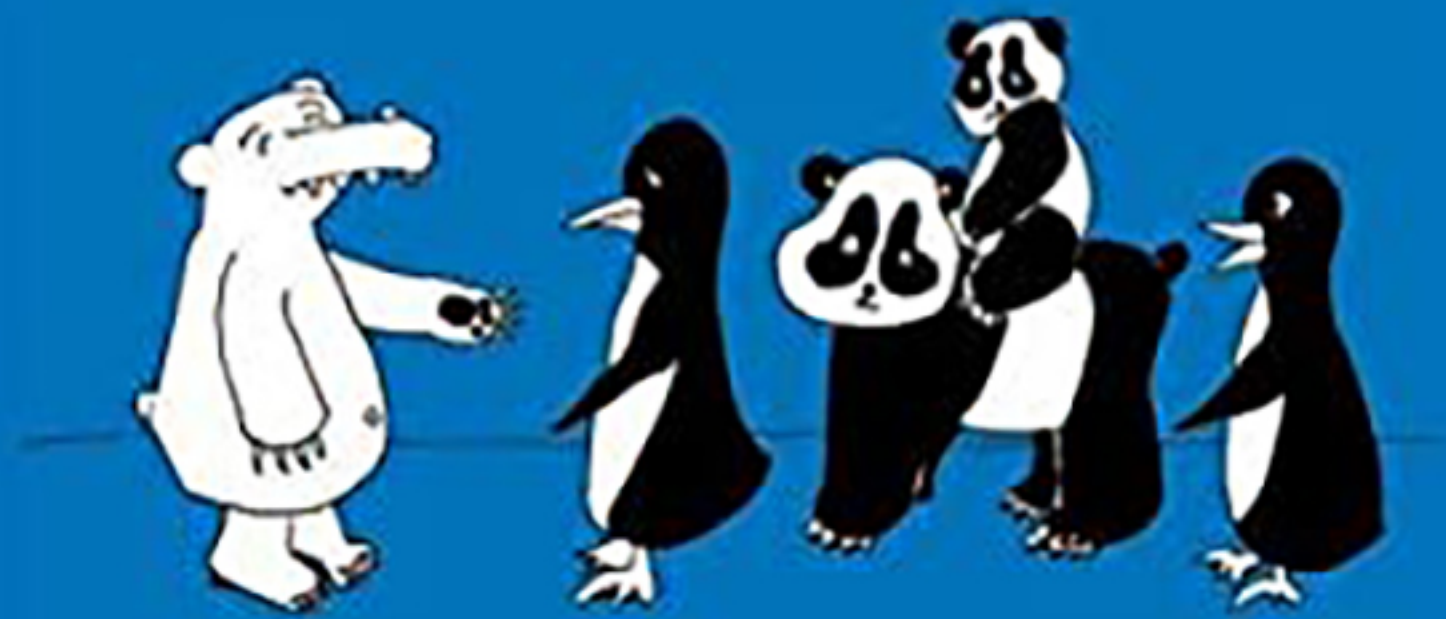


Karin B. Schnebel (Hrsg.)

**Selbstbestimmung
und Integration**
**Wie wir unsere Gesellschaft
zusammenhalten**



Inhaltsverzeichnis

Vorwort

PD Dr. habil. Karin B. Schnebel	1
---	---

Vorwort

Kerstin Schreyer	
Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales	3

Danksagung

PD Dr. habil. Karin B. Schnebel	5
---	---

Einleitung

PD Dr. habil. Karin B. Schnebel	7
---	---

Teil I: Entstehung des Projektes

Dr. Andrea Taubenböck

(Stiftung Wertebündnis Bayern)

Integration und Toleranz – eine Initiative starten und umsetzen	25
---	----

Teil II: Theoretische Überlegungen zu Selbstbestimmung und Integration

Dr. Marcel Vondermaßen

(Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften, Eberhard-Karls
Universität Tübingen)

Identitätsprägende Gruppen – Welches „Wir“ streben wir eigentlich an? . . .	35
---	----

Dr. Peter Seyferth

(Gesellschaftswissenschaftliches Institut München für Zukunftsfragen e. V.)

Paradoxien der Selbstbestimmung und der Integration	53
---	----

Teil III: Förderung der Demokratie

Dr. Tanja Zinterer

(Gesellschaftswissenschaftliches Institut München für Zukunftsfragen e. V.)

Transnationales in der politischen Bildung 69

Prof. Dr. Karl-Heinz Gerholz

(Otto-Friedrich-Universität Bamberg)

PD Dr. habil. Karin B. Schnebel

(Gesellschaftswissenschaftliches Institut München für Zukunftsfragen e. V.)

Politische Bildung und Service Learning zur Förderung
demokratischer Kompetenzen und zur Integration heterogener
Gruppen in die Gesellschaft 91

Prof. Dr. Claudia Fahrenwald

(Pädagogische Hochschule Oberösterreich/Universität Augsburg/Gesell-
schaftswissenschaftliches Institut München für Zukunftsfragen e. V.)

Community Based Research als Beitrag der Hochschulen zu Selbstbestim-
mung und Integration im Kontext von Migration und Flucht 111

Teil IV: Öffentlicher Diskurs und Integration

Max Barnewitz B. A.

(Netzwerk Politische Bildung Bayern/Gesellschaftswissenschaftliches
Institut München für Zukunftsfragen e. V.)

Zur Aktualität von Neil Postmans Dystopie 123

Dr. Christian Boeser-Schnebel

(Netzwerk Politische Bildung Bayern)

Florian Wenzel M. A.

(Gesellschaftswissenschaftliches Institut München für Zukunftsfragen e. V.)

Streitet Euch! Was wirklich gegen Populismus hilft 149

Florian Wenzel M. A.

(Gesellschaftswissenschaftliches Institut München für Zukunftsfragen e. V.)

Dr. Christian Boeser-Schnebel

(Netzwerk Politische Bildung Bayern)

DORFGESPRÄCH! Ein Dialog- und Begegnungsangebot für Kommunen
im ländlichen Raum 169

Stephan Lanius Dipl.

(AsylArt e. V.)

Warum sind Kulturen unterschiedlich? 191

Teil V: Muslime und ihre Sonderstellung*Prof. Dr. Dr. h. c. Mathias Rohe*

(Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg)

Muslime in Deutschland – ein Sonderfall der Integration 203

Stefan Zinsmeister M. A. und Erdoğan Karakaya M. A.

(Eugen-Biser-Stiftung)

Gedanken zum Umgang mit einer Vielfalt an Religionen kommunalen
Miteinander 233*PD Dr. habil. Karin B. Schnebel*

(Gesellschaftswissenschaftliches Institut München für Zukunftsfragen e. V.)

Schlussgedanken – Über die Bedeutung von Werten: Halten Werte unsere
Gesellschaft zusammen? 247**Autorinnen und Autoren 255****Anhang 259**

Vorwort der Integrationsbeauftragten

zur wissenschaftlichen Begleitpublikation des Wertebündnis-Projekts
„Selbstbestimmung und Integration“

Selbstbestimmung – und ihre Grenzen

Integration gelingt nur auf der Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe. Gerade für junge Leute ist es wichtig, dass sie das Gefühl haben, dazuzugehören, mitentscheiden zu können, und nicht Objekt der Entscheidungen anderer, sondern Herr des eigenen Schicksals zu sein. Dabei stehen jene, die einen Migrationshintergrund haben, häufig vor einer doppelten Herausforderung. Zum einen geht es um Zugehörigkeit zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld in Schule, Beruf und Nachbarschaft, zum anderen aber auch um die Erwartungen, die die eigene Familie und ihre „Community“ an sie haben. Denn nicht selten unterscheiden sich die Werte und Normen der Familie auch von dem, was in der „Mehrheitsgesellschaft“ gängig ist.

Dabei ist klar: Integration kann nur dann gelingen, wenn sie einer freien Willensentscheidung folgt. Selbstbestimmung und individuelle Autonomie sind Voraussetzungen für echte Teilhabe. Das heißt aber nicht, dass jeder tun und lassen kann, was er will. Jede Gesellschaft braucht Normen und Regeln, nach denen sie funktioniert. Und die Werte, die diesen Regeln und Normen in unserem Land zugrunde liegen, sind nicht verhandelbar. Sie umfassen individuelle Freiheit und Selbstbestimmung, Demokratie, die Achtung der Menschenwürde, Gleichberechtigung der Geschlechter und Toleranz. Indes findet die Freiheit jedes Einzelnen, eben „nach seiner Fassung“ selig zu werden, dort ihre Grenzen, wo sie die Freiheit anderer beschränkt.

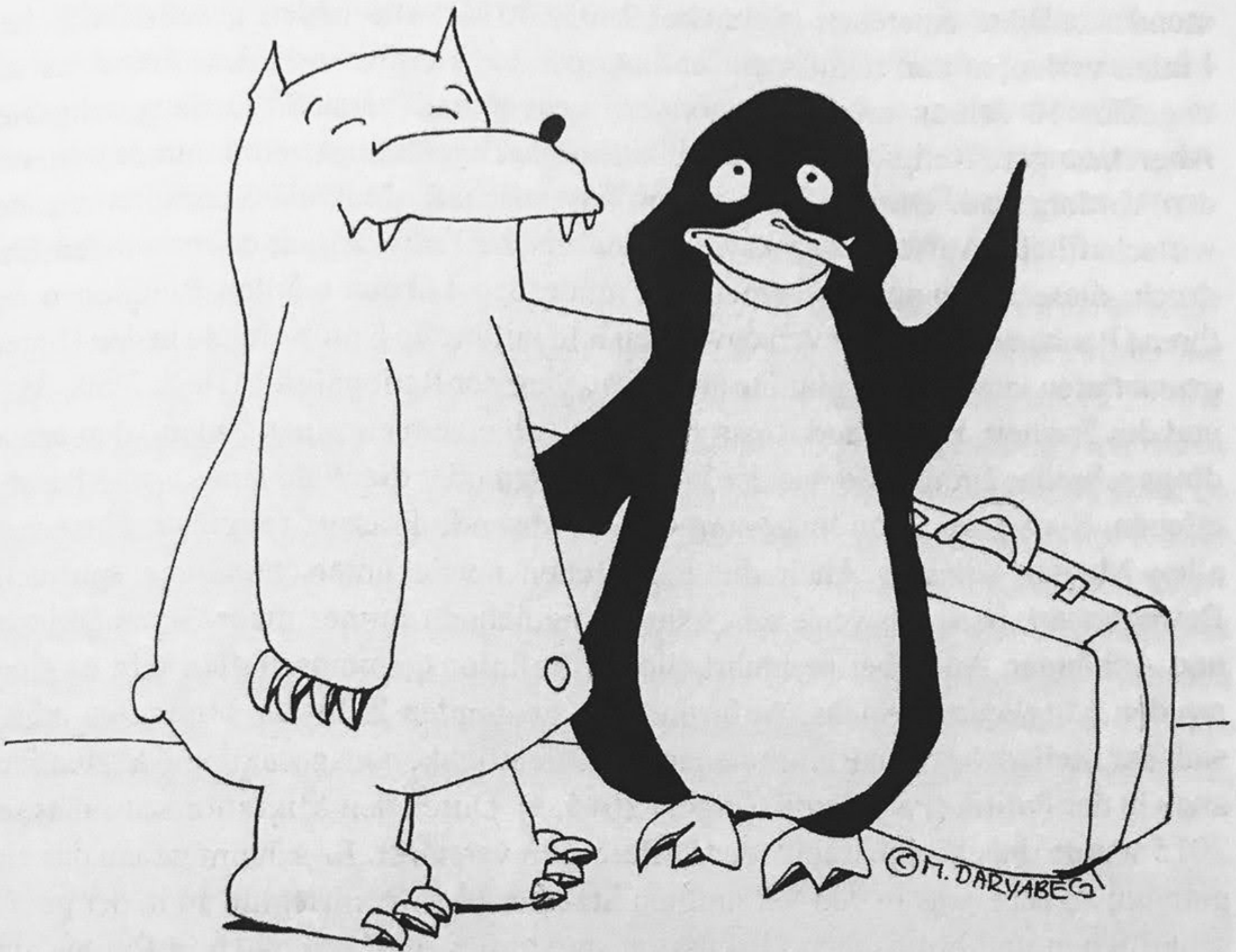
Dabei verlaufen die Grenzen zwischen individueller Selbstbestimmung und der Gemeinschaft, sei sie nun durch Familie, Ethnie oder Religion bestimmt, in einigen Kulturen anders als bei uns. Für Menschen mit Migrationshintergrund folgen daraus mitunter massive Spannungen, mit denen sie umzugehen lernen müssen. Selbstbestimmung bedeutet aber nicht nur, dass man am gesellschaftlichen Leben teilhaben darf – also das Recht dazu hat –, sondern dass man auch praktisch daran teilnehmen kann. Wenn Heranwachsende zum Beispiel keine Aussicht auf eine reguläre Beschäftigung haben, bleibt Selbstbestimmung ein abstrakter Begriff.

Um Selbstbestimmung und Integration zu fördern, müssen wir junge Leute also auch dazu befähigen, ihnen die Bedingungen bieten, die ein selbstbestimmtes Leben erst ermöglichen: Dazu gehört eine gute Ausbildung, um Fähigkeiten zu entwickeln und Fertigkeiten erlernen zu können, ebenso wie die gezielte Unterstützung derer, die aus schwierigen Familienverhältnissen kommen oder traumatische Erlebnisse zu verarbeiten haben. Hier bedarf es professioneller Hilfe – und das nicht nur im Interesse der Betroffenen, sondern der gesamten Gesellschaft. Ohne diese Unter-

stützung wird es den jungen Leuten schwerfallen, bei uns anzukommen und selbstbestimmt zu leben. Das aber ist die Voraussetzung erfolgreicher Integration.

Kerstin Schreyer

damalige Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung und
aktuelle Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales



PD Dr. habil. KARIN B. SCHNEBEL

Selbstbestimmung und Integration – wie man eine Gesellschaft zusammenhält

Einleitung

Auf den ersten Blick erhält man den Eindruck, dass unsere Gesellschaft das Idealbild einer pluralistischen Demokratie darstellt. Gleiche Rechte für alle, Entfaltungsmöglichkeiten, ein menschenwürdiges Leben, gleiche Schulbildung für alle, soziale Absicherung, usw. Insbesondere der Religionsmonitor zeigt optimistische Zahlen, die besagen, dass die meisten Menschen muslimischen Glaubens integriert seien. Bei genauerem Hinsehen fällt jedoch auf, dass sich gerade derzeit unsere Gesellschaft immer weiter spaltet; und nicht nur das: Die Scheren klaffen immer weiter auseinander. Damit sind beispielsweise die Unterschiede in der wirtschaftlichen Situation gemeint, die in prekären Lebenslagen zu einem verstärkten Rückzug in traditionelle Werte und den damit verbundenen kulturellen Gepflogenheiten führt. Durch die damit verbundene Dynamik werden die Differenzen zwischen Menschen

verschiedener Herkunft vergrößert und es könnten daraus nach und nach zunehmend Konflikte entstehen (Schnebel 2003, 2014). Die neuen gesellschaftlichen Linien verlaufen nun nicht mehr entlang der Lebensstile, was dem Trend bis vor ungefähr 10 Jahren entsprach, sondern erneut und verstärkt entlang religiöser Abgrenzungen. Religiöse, aber auch kulturelle Eigenheiten treten immer weiter in den Vordergrund. Die Entfaltung von Wissenschaft, Technik, Verstädterung, der wirtschaftliche Aufschwung sowie die politische Entwicklung erwecken den Eindruck, diese Erscheinungsformen des modernen Lebens würden Religionen mit ihren Glaubenstraditionen verschwinden und kulturelle Unterschiede in den Hintergrund treten lassen. Man glaubte an einen „Sieg der Rationalität“ (Beck 2008: 35 f.) und der Freiheit. Pollak und Rosta sprechen von einem enormen Zulauf, den neuerdings religiöse Ereignisse wie der Weltjugendtag oder die Wahl eines neuen Papstes erleben. Sie verzeichnen insgesamt eine wachsende Präsenz religiöser Themen in allen Medien (diess.). Auch die Freikirchen sowie unterschiedliche spirituelle Bewegungen, beispielsweise aus Asien, verzeichnen immer mehr Anhängerinnen und Anhänger. Auch bei nichtchristlichen Religionsgemeinschaften gibt es einen rapiden Mitgliederzuwachs. Aufgrund der steigenden Zahl der Migranten erhöht sich der Stellenwert von Religionen in der Öffentlichkeit insgesamt und letztendlich auch in der Politik (Pollak und Gergely 2015, 3). Durch den Migrationszuwachs seit 2015 wurde die „Sichtbarkeit“ der Differenzen verstärkt. Es scheint genau das eingetreten zu sein, was in den Vereinigten Staaten schon von Beginn an in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion stand; dies wird nun auch in Europa zum Problem (Schnebel 2003).

Weiter zurückliegende Gründe hierfür liegen nicht zuletzt auch in den Zuwanderungen ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wodurch europäische Gesellschaften immer heterogener wurden und werden. Einwandererminderheiten leben in unserem Land bereits in manchen Bereichen ähnlich wie nationale Minderheiten in vielen Teilen Europas. Sie verstehen sich als Fremde, die ihre Identität nicht oder nicht in erster Linie so definieren wie die Mehrheit ihres Wohnortes. Mit dem Wunsch nach Sonderrechten suchen sie nicht nur Abgrenzung, sondern durch Anerkennung ihrer Besonderheiten die Möglichkeit, sich in die Gesellschaft zu integrieren (Kymlicka 1997, 248/249). Minderheiten fühlen sich in ihrem Anderssein vielfach ausgeschlossen und suchen die für sie notwendige Anerkennung in ihrer eigenen Gruppe. Durch Diskriminierung oder Marginalisierung entsteht Anerkennungsbedarf und das Bedürfnis, gemäß der eigenen kulturellen und sprachlichen Besonderheiten leben zu können (Taylor 1997, 14 ff.). Dies zeigt das folgende Zitat:

„[...] unsere Identität werde teilweise von der Anerkennung oder Nicht-Anerkennung, oft auch von der Verkenning durch die anderen geprägt, so daß [sic!] ein Mensch oder eine Gruppe von Menschen wirklichen Schaden nehmen, eine wirkliche Deformation erleiden kann, wenn die Umgebung oder die Gesellschaft ein einschränkendes, herabwürdigendes oder verächtliches Bild ihrer selbst zurückspegelt. Nichtanerkennung oder Verkenning kann [...] eine Form von Unterdrückung sein [...]“ (Taylor 1997, 13/14).

Trotz der
von Staat
derheiten
genomme
eine solch
genomme
baren las

Ist es hier
Was wür
dies erre
Inwiefern
und wie
führen?
der Meh
phänom
wahrge
beschrie
ist, son
509 ff.)

Hier wi
ßen die
jedoch
in best
Charle
tution
Bewus
gen sin
sonale
kultur
auch d
der da
ist (K
elle F
schaf

Was b
selbst
eine
einer
gung
bede
neue
Deut

Radikalisierungen führen kann. Streben wir nun deswegen an, gemeinsame Werte zu schaffen, was damit verbunden wäre, dass alle bis dahin geltenden Werte und Regeln ein wenig in Frage gestellt werden müssen? Was wäre „die“ Integrationsmaßnahme, die imstande wäre, die Unterschiede der Gerechtigkeitsverständnisse zu kompensieren und selbstbestimmte Entscheidungen zu fördern, um somit gewalttätige Ausschreitungen zu verhindern oder gar Chancengleichheit zu gewähren? Dies entspricht von Seiten demokratischer Ansätze aus der Politikwissenschaft zwei Konzeptionen, die sich widersprechen, sich aber vielleicht auch ergänzen können. Die eine Denkweise, aus der kommunitaristischen oder republikanischen Tradition kann in der praktischen Umsetzung Assimilation zur Folge haben, die andere, liberale oder auch libertäre Denkweise kann aufgrund fehlender Gemeinschaftsverpflichtung zur Fragmentierung des Staates führen, wie es sich bereits in der Bundesrepublik gezeigt hat. Gibt es die Möglichkeit der Ergänzung beider Richtungen, die durch die Politik oder durch gesellschaftliches Engagement gefördert oder gebremst werden können?

Ziel ist es also, die Autonomie des Individuums zu fördern und dabei seine prinzipielle Eingeschränktheit durch die Zugehörigkeit zu Kollektiven zu berücksichtigen. Charles Taylor sieht hierfür die Grundlage in der wechselseitigen Gleichachtung (Taylor 1997, 15 ff.).

Wie kann jedoch der jeweils andere gleich geachtet werden, wenn jeder für sich doch die eigene Lebensweise bevorzugt? Taylor fordert hier eine „Horizontenerweiterung“ (ders.), also die Dinge durch das andere Auge zu sehen. Doch ist dies möglich, wenn der eigene Blick nicht durch den Blick des anderen durchgeführt werden kann? In der Anwendung ist es fast unmöglich, sich politisch in einem Land zu engagieren, in dem man die kulturellen und ethnischen Gepflogenheiten ablehnt und damit auch das daraus entstandene politische System. Wenn die Orientierung in großem Maße an das Herkunftsland gebunden bleibt, bleibt auch die Identifikation an eben dieses Land gebunden und ein Integriert-Werden, beispielsweise in schlicht demokratischen Gepflogenheiten am Wohnort, ist schwieriger.

Insbesondere Menschen aus Ländern islamischer Religion sind vielfach nicht an den politischen oder gesellschaftlichen Vorgängen dieses Landes beteiligt und leiden oft an Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft; und dies selbst dann, wenn sie seit Jahrzehnten oder gar seit vielen Generationen in der Bundesrepublik Deutschland leben. Nun kann man erwähnen, dass dies an der deutschen Politik gelegen hätte, die jedoch nicht von der Annahme ausging, dass sie Fremde bleiben, wenn sie bei der Integration nicht unterstützt werden; aber trotz der Bemühungen in den letzten Jahren ist bis heute kein Konzept gefunden worden, mit dem Integration wirklich gelingt. Auch dieses Projekt ist ein Versuch der Integration, deren Umsetzung auf vorangegangene wissenschaftliche Untersuchungen basiert.

Dem nun zu beobachtenden stärker werdenden Rückzug in eigene gelebte Wertzusammenhänge soll mit diesen oder ähnlichen Maßnahmen entgegengetreten werden. Es ist eine Herausforderung, die zu Beginn erwähnte Schere zwischen gesellschaftlichen Gruppierungen wieder ein klein wenig zusammenzuführen.

Mit dem h
gegenzutr
stimmt, ei
lichen He
das Zusar
soll als L
nicht um
'Erfahru
'Wachstu
Demokr

Studien
Kapital,
mehr oc
Anerken
Funktio
Orches
ligung
rung in
Kapita
Aktivi
zichtb

Um d
Frage
hoben
könne
so ge
Mens
etwas

Erst
Integ
unte
scha
Are
treib

Da
sch
Au
neh
bar
kei
Es

Trotz der Unterschiede zwischen den europäischen Staaten erwächst also innerhalb von Staaten das Bedürfnis oder der Wunsch, nach den eigenen kulturellen Besonderheiten leben zu können, Taylor zufolge ist die Ursache hierfür die fehlende wahrgenommene Anerkennung. Unweigerlich muss also die Frage geklärt werden, wie eine solche Anerkennung aussehen könnte und wenn diese nicht möglich oder wahrgenommen wird, wie sich dann ethnische Vielfalt und politische Integration vereinbaren lassen, ohne dass größere Konflikte heraufbeschworen werden.

Ist es hierzu notwendig, dass sich alle, die hier leben, mit dem Ort identifizieren? Was würde die Integration vereinfachen? Würde eine umgekehrte Diskriminierung dies erreichen? Werden Fremde dadurch eher zu Einheimischen (Kristeva 1988)? Inwiefern hängt rechtliche Gleichstellung mit kultureller Gleichstellung zusammen und wie können alle die Chance erhalten, ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen? Werden Fremde jemals Einheimische? Sind alle fremd, die nicht zur Kultur der Mehrheit gehören? Wenn dies so wäre, würde das Fremdsein zum Mehrheitsphänomen werden und kann von manchen Einheimischen als etwas Bedrohliches wahrgenommen werden, wie dies Georg Simmel im Exkurs über den Fremden beschrieben hat, wonach derjenige, der das Land wieder verlässt, nicht der Fremde ist, sondern der Gast und demnach nicht als bedrohlich empfunden wird (ders. 1922, 509 ff.).

Hier wird davon ausgegangen, dass Zugewanderte und Einheimische gleichermaßen die Möglichkeit erhalten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Fraglich ist jedoch, inwiefern dies überhaupt möglich ist, denn ein Mensch bewegt sich immer in bestimmten sozialen Kontexten oder, in anderen Worten, in "Kollektiven". Charles Taylor würde sagen, dass diese Kontexte eine Voraussetzung für die Konstitution des Selbst sind (Taylor 1996). Jede Person hat also demnach sowohl ein Bewusstsein für ihre Individualität als auch für ihr Geprägt-Sein. Wertüberzeugungen sind sprachlich und kulturell vermittelt und somit vom Kollektiv geformt. Personale Identitäten werden demnach nicht frei gewählt, sondern sind beeinflusst vom kulturellen Umfeld (Taylor 1993, 53). Wird das Umfeld also geformt, verändert sich auch der Mensch, der darin lebt. Damit widerspricht Taylor auch Immanuel Kant, der davon ausgeht, dass jeder Mensch ein autonomes und vernunftbegabtes Wesen ist (Kant 2009). Kant zufolge hat jeder einen legitimen Anspruch auf die individuelle Freiheit, was jedoch vielfach mit den Vorstellungen von Kollektivität, Gemeinschaftsdenken und der Entstehung gemeinsamer Werte in Konflikt gerät.

Was bedeuten nun diese theoretischen Überlegungen für die Praxis? Wie kann ein selbstbestimmtes und in die Gesellschaft integriertes Leben geführt werden, wenn eine gefühlte Nicht-Zugehörigkeit zu verschiedenen Gemeinschaften innerhalb einer Gesellschaft besteht? Wäre ein selbstbestimmtes Leben nur unter der Bedingung des Zulassens einer größtmöglichen Heterogenität möglich? Das würde aber bedeuten, dass die Bindung an das Herkunftsland größer bleibt als die Bindung zum neuen Lebensmittelpunkt, also hier zur Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Es hat sich gezeigt, dass das Auseinanderdriften kultureller Werte zu

Mit dem hier vorliegenden Projekt wollen wir dazu beitragen, diesen Tendenzen entgegenzutreten und Zugewanderten und Einheimischen ermöglichen, selbstbestimmt, eigenverantwortlich und selbstreflexiv mit sich wandelnden gesellschaftlichen Herausforderungen umzugehen. Um diese Ziele erreichen zu können, muss das Zusammenleben in unserer Gesellschaft als ein Miteinander erlebt werden, es soll als Lebensform erfahrbar werden, wie Himmelmann konstatiert: „Es geht [...] nicht um ‘Belehrung’, sondern um die Ermöglichung der Sammlung von konkreten ‘Erfahrungen’ mit Demokratie in der vielfältigsten Form und es geht um das ‘Wachstum dieser Erfahrung’ ... Gemeint ist dabei die ‘face-to-face’-Ebene der Demokratie“ (Himmelmann 2006: 77 f.).

Studien des Politikwissenschaftlers Robert D. Putnam haben gezeigt, dass soziales Kapital, also die „Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind“ (Bourdieu 1983: 190 f.), entscheidend ist für das Funktionieren einer Demokratie und dass etwa Mitgliedschaften in Vereinen, Orchestern, Chorgruppen, Kegelclubs etc. die Wahrscheinlichkeit politischer Beteiligung erhöhen. Bedenklich ist daher die allgemein zu beobachtende Individualisierung in westlichen Gesellschaften, die mit einer generellen Abnahme des sozialen Kapitals einhergeht. Persönliche Kontakte mit Einheimischen und gemeinsame Aktivitäten, in einem nächsten Schritt auch durch Mitgliedschaften, sind also unverzichtbar, wenn Integration auf Dauer gelingen soll.

Um dies zu präzisieren stellen wir, übertragen auf die praktische Ebene, folgende Fragen: Wie kann die Distanz zwischen Einheimischen und Geflüchteten aufgehoben werden? Wie kann ein Austausch auf gleicher Augenhöhe stattfinden? Wie können auch zufällige Begegnungen entstehen? Wie kann ein Veranstaltungsformat so gestaltet werden, dass es den Bedürfnissen des alltäglichen Lebens der jungen Menschen möglichst weit entgegenkommt? Wie kann erreicht werden, dass daraus etwas Langfristiges entsteht, was auf gegenseitiger Anerkennung beruht?

Erst wenn sich Menschen in ihrer Kultur als anerkannt betrachten, ist ein Prozess der Integration möglich (Taylor 1997, S. 13 – 14); das heißt erst dann können Menschen unterschiedlicher Kulturen oder Religionen aufeinander zugehen. Die „Leidenenschaften des Herzens, die Gedanken des Geistes, die Lust der Sinne“ (Hannah Arendt) finden ihren demokratischen Ausdruck in der Begegnung von Vielfalt und treiben diese voran.

Da es ein Ziel des Projektes „Selbstbestimmung und Integration“ ist, die Wissenschaft und die praktische Erfahrung zu verbinden, haben, wie bereits erwähnt, Autorinnen und Autoren aus beiden Bereichen Artikel verfasst. Auch Projektteilnehmerinnen und Projektteilnehmer bringen sich hier ein. Der vorliegende Sammelband hat nicht zuletzt zum Ziel, die Nachhaltigkeit zu unterstützen und Möglichkeiten und Ideen aufzuzeigen, wie ein solches Projekt weitergeführt werden kann. Es zeigt sich, dass Wissenschaft und Praxis sich gegenseitig bereichern können.



Dr. phil. CHRISTIAN BOESER-SCHNEBEL
FLORIAN WENZEL M. A.

Streitet Euch! Was wirklich gegen Populismus hilft

Streit als Mittel gegen Populismus?! – Ist das nicht den Teufel mit dem Beelzebub austreiben? Ist nicht gerade Streit das Problem unserer Gesellschaft, in der wir mehr das Verbindende statt das Trennende betonen sollten? Und führt nicht gerade Streit zu einer weiteren Spaltung unserer Gesellschaft?

Zugegeben: Beide Begriffe – Streit und Populismus – sind negativ belegt. Bezogen auf Streit formuliert der emeritierte Politikdidaktiker Bernhard Sutor sehr eingängig: „Der brave Bürger mag keinen Streit. Weil aber in der Politik ständig gestritten wird, mag er ebendiese nicht und schaut verächtlich auf die Streitenden herab“ (Sutor 2011, 25). Und Populismus wird oftmals als politischer Kampfbegriff gegen Andersdenkende benutzt, um sie und deren Positionen zu diskreditieren.

Der Beitrag will nicht nur die Begriffe Streit und Populismus klären, sondern sowohl das Problematische am Populismus herausarbeiten als auch eine Liebeserklärung für den Streit abgeben. Und er möchte zeigen, wie im privaten



FLORIAN WENZEL M. A.

Dr. phil. CHRISTIAN BOESER-SCHNEBEL

DORFGESPRÄCH!

Ein Dialog- und Begegnungsangebot für Kommunen im ländlichen Raum.

Der Ansatz des „Dorfgesprächs“ wurde 2017–2018 im Rahmen eines Modellprojekts im ländlichen Raum in Oberbayern entwickelt, in drei Modellkommunen erprobt und evaluiert. Das modellhafte Vorgehen, sämtliche Dokumentationen und visuelle Eindrücke sind auf der Projektwebseite www.dorfgesprach.net zu finden. Mit dem Ausgangspunkt des Dorfs wurde versucht, quasi das Gesamt der Gesellschaft in einen Raum zu bringen und einen intensiven werteorientierten Dialog zwischen alteingesessenen Bürgern, Vereinsverantwortlichen, Neuzugezogenen, Nachbarschaftshilfe, Helferkreis, Geflüchteten, engagierten Einzelbürgern, Senioren und Kindern, etc. zu ermöglichen. Nicht klassisches themenorientiertes und weitgehendes rationales lineares Vorgehen (wie in Dorfentwicklungsprojekten) stand im Vordergrund; vielmehr war der Fokus auf einer „Dorferneuerung in den Köpfen“.